

FORUM

Zeitschrift
für Politik, Arbeit & Kultur
der SP Uster

www.forumonline.ch

Nr. 261 September 2020



Eine Bilanz zur
Legislaturhalbzeit

P.P. Uster

Editorial



Eigentlich hätten Sie in dieser FORUM-Nummer einen Beitrag über die Spitalabstimmungen vom 27. September lesen sollen. Die Ankündigung des Spitals Uster, die Abstimmung zu verschieben, hat uns alle überrascht. Die Gründe für eine Fusion sind zwar wohl auch nächstes Jahr, wenn es einen neuen Anlauf geben soll, richtig. Die SP Uster steht grundsätzlich hinter der Vorlage. Dennoch gilt es nun nochmals genau hinzuschauen: Die Sicherung der Arbeitsplätze, die Forderung nach einem Gesamtarbeitsvertrag, die Sicherstellung der Mitbestimmung in der AG, eine gesicherte Gesundheitsversorgung, die Zusammenarbeit auch mit anderen Institutionen im Gesundheitsbereich sind und bleiben für uns elementar. Hier werden wir uns engagieren und wenn nötig auch aktiv werden.

Damit aber nun zum Hauptthema der aktuellen Nummer: die Halbzeitbilanz der Legislatur 2018-2022. Was haben wir erreicht? Wo stockt es? Dazu finden Sie zwei Artikel in dieser Ausgabe. Zum einen erläutern unsere drei Stadtratsmitglieder, wie sie die ersten beiden Jahre erlebt haben. Und was sie in der zweiten Hälfte der Legislatur noch erreichen wollen (Seiten 4/5). Zum anderen ziehen Angelika Zarotti und Markus Wanner eine Bilanz aus Sicht der Gemeinderatsfraktion (Seiten 6/7).

Dass auch mit einer anderen Mehrheit im Stadtrat Politik zu machen nicht unbedingt einfacher ist, zeigt eine Bilanz bezüglich den Volksabstimmungen im Bereich der Klimafrage. So war die SP Uster im Februar mit ihrer Velo-Initiative an der Urne erfolgreich. Bei der komplexeren Abstellplatzverordnung, die auf lokaler Ebene ebenfalls viel zur Klimawende hätte beitragen können, war den Ustermerinnen und Ustermer in der Abstimmung dann aber doch der Parkplatz wieder wichtiger. Eine verpasste Chance.

Zum Schluss noch ein Wort zum allgegenwärtigen Thema der letzten Monate: die Corona-Pandemie. Sie zeigt uns, wie stark die Wirtschaft globalisiert und damit anfällig auf Störungen ist. Angst und Fatalismus dürfen uns jedoch nicht daran hindern, Alternativen Chancen zu geben. Unsere Wirtschaft wird und muss sich verändern. Ökonomische, ökologische und gesellschaftliche Gründe machen eine Verschiebung der Gewichte hin zu Eigenproduktion, Miliz- und Carearbeit nötig. Und dafür müssen sich Sozial- und Steuersysteme ändern. Es bleibt viel zu tun.

In unserer Stadt streben wir grösstmögliche Chancengleichheit an, unabhängig von Herkunft, finanziellen Möglichkeiten, Geschlecht oder Alter. Dafür braucht es das Engagement von uns allen. Unsere, und Ihre Beteiligung, sind eine wichtige Voraussetzung für sinnvolle Lösungen. Lassen Sie uns etwas bewegen – danke für Ihr Engagement.
Peter Mathis-Jäggi, Mitglied GL SP Uster

Aktuelles aus dem Kantonsrat

Einiges ist anders als sonst

Als Sozialdemokrat im Zürcher Kantonsparlament war man sich über viele Jahre gewohnt, in den engen Reihen des Zürcher Rathauses zu sitzen, Schulter an Schulter mit seinen Nebenleuten, und trotz guter Argumente die Abstimmungen dann meistens zu verlieren. Im Moment ist einiges – nicht alles – etwas anders als sonst.

Als erstes: Die Corona-Pandemie hat den Kantonsrat aus dem Rathaus an der Limmat vertrieben. Zwei Meter Abstand war in dem alten Gemäuer natürlich ein Ding der Unmöglichkeit. Seit April tagt der Rat deshalb zuoberst in der Halle 7 der Messe Zürich in Oerlikon. Der neue Tagungsort hat Vor- und Nachteile:

Er ist nicht so intim wie das Rathaus, von den hintersten Reihen des Ratssaals braucht man beinahe ein Fernglas, um bis nach vorne zu sehen. Der Vorteil sind – neben der Einhaltung der Corona-Verhaltensregeln – professionellere Arbeitsmöglichkeiten, weil jedes Mitglied ein eigenes Pult für seine Unterlagen hat. Auch steht ein grosses Foyer für Gespräche zur Verfügung. Und: Nachdem sich die Mehrheit des Rates jahrelang gegen eine Übertragung der Sitzungen im Internet gewehrt hat, ist dies nun ruckzuck auf einmal möglich. Auch weil nur so die gesetzliche Vorgabe der Öffentlichkeit der Ratssitzungen bei gleichzeitigem Ausschluss von Publikum vor Ort sichergestellt ist. Wer also will, kann nun am Montagmorgen die Sitzungen auf der Website (www.kantonsrat.zh.ch) live verfolgen.

Und als zweites: Die Wahlen 2019 hinterlassen ihre Spuren. Nicht in allen Bereichen zwar,



aber doch immerhin in ökologischen Fragen. So fand kurz vor der Sommerpause erstmals eine ganztägige Klimadebatte statt, an der eine Allianz aus SP, Grünen, GLP, EVP und AL Vorstösse, die die Klimawende unterstützen sollen, an den Regierungsrat überwiesen hat. Bei einzelnen Vorstössen schlossen sich sogar FDP und CVP der neuen Klima-Allianz an. Nur die SVP streubte sich und versuchte mit unsinnigen Argumenten – «auch auf dem Mars gibt es Klimawandel und dort stösst kein SUV CO₂ aus!» – einem Mini-Filibuster – frei nach dem Motto «es wurde zwar schon alles gesagt, aber noch nicht durch mich» – und Abstimmungen unter Namensaufruf – was jeweils rund 15 Minuten Zeit kostet – die Diskussion zu verschleppen. Am Ende half aber alles nichts: Die Klima-Allianz setzte sich durch und die SVP stand mutterseelenallein in ihrer Trotz-ecke.
Stefan Feldmann, SP-Kantonsrat

IMPRESSUM FORUM

Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster

www.forumonline.ch

Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei Uster

Anschrift: SP Uster, Postfach, 8610 Uster 1

Auflage: 18 000 Exemplare

Erscheinungsweise: mindestens zweimal im Jahr

Layout: Ewald Feldmann, Druck: Ropress Zürich

Hinweis: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen gesteckt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Kantonale Abstimmungen vom 27. September: Mehr Geld für die Gemeinden

Mehr als 5 Millionen für die Ustermer Stadtkasse

Während Jahrzehnten hat sich der Kanton Zürich dadurch saniert, dass er Lasten auf die Gemeinden abgewälzt hat. Am 27. September stehen nun zwei kantonale Vorlagen zur Abstimmung, mit denen der Kanton bei den Zusatzleistungen und dem Strassenunterhalt wieder mehr in die Pflicht genommen werden soll. Uster beispielsweise würde bei einem zweifachen JA im Umfang von mehr als 5 Millionen Franken profitieren.

Von Rosmarie Joss, SP-Kantonsrätin, Dietikon

Der kantonale Finanzausgleich, so war es das Ziel der letzten Totalrevision, soll dafür sorgen, dass alle Gemeinden mit ungefähr gleichen Mitteln zur Erbringung ihrer Aufgaben ausgestattet sind. Nicht beachtet wurde dabei, dass die Gemeinden im Sozialbereich extrem unterschiedliche Aufwendungen haben. Während sozial stark belastete Gemeinden wie beispielsweise Dietikon für Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen und Kinder- und Jugendheimbeiträge über einen Viertel ihrer Ausgaben aufwenden müssen, benötigen reiche Seegemeinden weniger als 6 Prozent ihres Budgets für diese Aufgabe. Diese Ungerechtigkeit akzentuierte sich in den vergangenen Jahren weiter. Die Konsequenz: Gemeinden mit hohen Sozialkosten haben höhere Steuerfüsse und können sich trotzdem gerade im sozialen Bereich, etwa bei der Schulsozialarbeit, weniger leisten, obwohl dies längerfristig gesehen die nachhaltigste Lösung wäre.

Ergänzungsleistungen drücken am stärksten

Die am stärksten wachsenden Sozialleistungen sind die Ergänzungsleistungen (EL), welche kleine AHV- und IV-Renten ergänzen, sodass auch für diese BezügerInnen ein würdiges Leben möglich ist. Im Kanton Zürich zahlen heute die Gemeinden 56 Prozent der EL, der Bund steuert 26 Prozent bei, während der Kanton Zürich nur gerade 18 Prozent übernimmt. Mit der Änderung des Zusatzleistungsgesetzes soll der Anteil von Kanton und Bund auf 70 Prozent erhöht werden. Damit erhalten Gemeinden mit hohen Kosten für die EL mehr Geld vom Kanton und die Sozialleistungen werden gerechter finanziert. Die Stadt Uster etwa müsste jährlich 3,8 Millionen Franken weniger für die EL aufwenden.

Im kantonalen Haushalt sind genug Reserven vorhanden, sodass die Umverteilung der Belastung im Rahmen von rund 200 Millionen Franken problemlos machbar ist. Mehr noch: Wegen der Co-



Ein würdiges Leben im Alter: Für viele Gemeinden sind die AHV-Ergänzungsleistungen finanziell ein zunehmendes Problem. Deshalb soll sich der Kanton nun stärker daran beteiligen müssen.

rona-Krise und den Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen hat eine gerechte Finanzierung der Sozialleistungen noch zusätzlich an Wichtigkeit gewonnen. Gerade sozial stark belastete Gemeinden werden die wirtschaftlichen Auswirkungen am stärksten zu spüren bekommen, sodass ein Soziallastenausgleich dringlicher ist denn je.

Mehr Geld für den Strassenunterhalt

Durch die zweiten Vorlage sollen die Gemeinden inskünftig Mittel aus dem Strassenfonds für den Unterhalt der Gemeindestrassen erhalten. In den Strassenfonds fließen Gelder aus der Mineralöl- und der Motorfahrzeugsteuer und der Kanton Zürich finanziert daraus den Neubau und Unterhalt der kantonalen Strassen. Dennoch bleiben jedes Jahr rund 100 Millionen Franken im Strassenfonds ungenutzt liegen. Er ist deshalb heute sehr gut gefüllt und verfügt nach dem Nein zum Rosengartentunnel sogar über zusätzliche Reserven. Anders die Situation bei den Gemeinden: Viele von ihnen haben Mühe, die Mittel für den Unterhalt ihrer Gemeindestrassen aufzubringen. Die

Änderung des Strassengesetzes will nun jährlich rund 90 Millionen Franken den Gemeinden für den Unterhalt ihrer Strassen zur Verfügung stellen. Was absolut Sinn macht, denn Kantons- und Gemeindestrassen sind ja letztlich ein Gesamtsystem. Die Stadt Uster kann aufgrund des vorgesehenen Verteilungsmechanismus einen Beitrag von jährlich 1,4 Millionen Franken erwarten.

Für Uster rechnet es sich

Fazit: Für die Stadt Uster rechnen sich die beiden Vorlagen. Zusammen entlasten sie das Budget der Stadt um rund 5,2 Millionen Franken, was mehr als 4 Steuerprozent entspricht. Darum 2x JA zu einer gerechteren Verteilung der finanziellen Lasten zwischen dem Kanton und den Gemeinden.

Für die Parolen zu den eidgenössischen Abstimmungen beachten Sie den Beitrag auf Seite 8. Alle Parolen auf einen Blick finden Sie unter www.sp-uster.ch

Legislaturhalbzeit: Interview mit den drei SP-Stadtratsmitgliedern

«Wir wollen diese Stadt gestalten,

Bei den Stadtratswahlen 2018 eroberte Barbara Thalmann das Stadtpräsidium von Uster, Patricia Bernet wurde als Primarschulpräsidentin wiedergewählt und Stefan Feldmann verteidigte den durch einen Rücktritt freiwerdenden SP-Sitz. Im Interview mit FORUM blicken sie gemeinsam auf die ersten beiden Jahre zurück und erklären, was sie in den nächsten beiden Jahre beschäftigen wird.

FORUM: Barbara Thalmann, seit fast zwei Jahren bist Du nun Stadtpräsidentin von Uster. Wie gefällt Dir Deine Arbeit?

Barbara Thalmann: Sehr gut. Jeder Tag ist anders, jeder Tag bringt neue und andere Fragestellungen. Das ist spannend, manchmal auch herausfordernd, wie zum Beispiel Anfang dieses Jahres, wo wir unter einem Notbudget operieren mussten. Kaum war das vorbei, forderte uns die Corona-Pandemie so stark wie noch nie, als wir innert kürzester Zeit



«Das Stadtpräsidium ist bereichernd, braucht aber viel Flexibilität.»
Barbara Thalmann

die Verwaltung soweit als möglich ins Homeoffice schicken und viele andere weitreichende Entscheide treffen mussten. Spannend ist der tägliche Diskurs mit engagierten und kompetenten Mitarbeitenden und anderen Protagonisten der Stadt. Diese Zusammenarbeit ist bereichernd und zeigt, dass man viel erreichen kann, wenn man am gleichen Strick zieht. Das zeigen auch die positiven Feedbacks zu unserer Arbeit.

Geändert hat sich für Dich auch das Pensum: Als Stadtpräsidentin bist Du nun ja nicht mehr ein nebenamtliches Stadtratsmitglied.

Barbara Thalmann: Und ich führe nicht mehr nur eine Abteilung sondern ich bin grundsätzlich für die ganze Stadt verantwortlich, bin in vielen Situationen Ansprechperson für die Medien, aber auch für die Bevölkerung. Vor Corona nahm ich ausserhalb all der Sitzungen und Besprechungen geschätzt an über 100 Anlässen pro Jahr teil. Das braucht viel Flexibilität im Kopf, man tanzt gewis-

sermassen ständig auf fünf Hochzeiten nebeneinander. Gleichzeitig ist das interessant, weil ich mit ganz unterschiedlichen Leuten in Kontakt komme.

Patricia Bernet, für Dich ist es Halbzeit der zweiten Legislatur als Schulpräsidentin. Wie unterscheiden sich die beiden Legislaturen für Dich?

Patricia Bernet: In der ersten Legislatur brauchte ich viel Zeit für die Einarbeitung, denn es war anspruchsvoll einen Grossbetrieb wie die Primarschule zu übernehmen. Auch war das Klima in den letzten vier Jahren schwierig: Ich spürte ein grosses Misstrauen seitens des Gemeinderates, die Zusammenarbeit im Stadtrat war sehr schwierig, in der Schulpflege anspruchsvoll. Zudem brauchte die Stabilisierung der Schulverwaltung viel Zeit. Diese ist nun gut aufgestellt, ich selber bin mit den Geschäften vertraut und das Klima hat sich verbessert. Ich bin heute sicherer und gelassener als in der letzten Legislatur.

Stefan Feldmann, Du bist der «Neue» in dieser Runde. Ist die Arbeit im Stadtrat so, wie Du Dir das vorgestellt hast?

Stefan Feldmann: Im grossen Ganzen ja. Ich bin lange genug in der Politik, so dass ich recht gut wusste, auf was ich mich da einlasse. Die Arbeit im Stadtrat, in meiner Abteilung, die Zusammenarbeit mit dem Parlament entspricht in etwa dem, was ich erwartet habe. Was ich nicht so auf dem Radar hatte, war in wie vielen Gremien man Einsitz nimmt, seien es nun verwaltungsinterne Arbeits-, Fach- und Steuerungsgruppen, seien es überkom-



«Die Planungsprozesse sind oft lang, da ist viel Geduld gefragt.»
Stefan Feldmann

munale oder regionale Gremien. Und auch wenn all diese Gremien nur einmal pro Quartal tagen, übers Ganze gesehen läppert sich das zusammen.

Wie hast Du Dir Deine Einarbeitung beim Start organisiert?

Stefan Feldmann: Ich bat meinen Abteilungsleiter mir eine «Tour d'Abteilung» zu organisieren. Ich verbrachte dabei in jeder der elf Leistungsgruppen

einen halben Tag und liess mir von den Mitarbeitenden erklären, was sie machen, wie sie es machen und warum sie es so machen, wie sie es machen. Ich war mit der Strassen-Unterhaltstruppe unterwegs, war mit den Forstleuten im Wald, habe mir die Abläufe in der ARA erklären lassen. Gleichzeitig habe ich so die Mitarbeitenden kennengelernt. Und sie mich. Das wurde sehr geschätzt.



«Allen Kindern gerecht zu werden, ist eine grosse Herausforderung.»
Patricia Bernet

Halbzeitbilanz bedeutet auch Erfolgskontrolle. Was habt Ihr in den letzten zwei Jahren erreicht?

Barbara Thalmann: Als Stadtpräsidentin schaue ich das aus übergeordneter Warte an: Was haben wir als Stadtratsgremium erreicht? Wir haben die neue «Strategie Uster 2030» verabschiedet, die uns als Leitfaden für die weitere Arbeit dient. Auch ein neues Kulturleitbild ist entstanden. Und beim Zeughaus sind wir einen Schritt weitergekommen, konnten Ende letzten Jahres die Ergebnisse des Architekturwettbewerbs präsentieren. Das Projekt Seerestaurant wird aktuell in der parlamentarischen Kommission diskutiert und im Bereich Inklusion sind viele neue Projekte unterwegs.

Patricia Bernet: Organisatorisch war die Anstellung des Gesamtschulleiters und seine Einsetzung als Abteilungsleiter Bildung ein wichtiger Meilenstein. Ein Highlight war die Einweihung des neuen Schulhaus Krämerackers. Das Schulhaus und die Umgebungsgestaltung wurden mehrfach nominiert und ausgezeichnet. Mit dem Bericht zur Schulraumgesamtplanung haben wir fundierte Grundlagen, um in den nächsten Jahren rechtzeitig am richtigen Ort ausreichend Schulraum zur Verfügung zu stellen. Pädagogisch ist die Situation vor allem im Kindergarten sehr anspruchsvoll: Wegen den grossen Unterschieden zwischen den Kindern ist individuelle Förderung, das Bemühen allen Kindern gerecht zu werden, eine Herausforderung für die Lehrpersonen.

Stefan Feldmann: Im Herbst 2019 haben wir das Stadtentwicklungskonzept (STEK) präsentiert, der Masterplan für das Uster der Zukunft. Darauf auf-

nicht nur verwalten»



Die SP-Stadtratsmitglieder blicken gemeinsam auf die erste Hälfte der Legislatur zurück: Barbara Thalmann, Stefan Feldmann und Patricia Bernet.

bauend wird nun der kommunale Richtplan und dann die Bau- und Zonenordnung überarbeitet. Weiter haben wir wichtige Projekte ausgelöst, wie etwa das neue Bahnhofzentrum mit mehr Kapazität für den öV, das verkehrsberuhigte und attraktive Zentrum, haben den Stadtbäumen per Stadtratsbeschluss mehr Schutz angedeihen lassen oder arbeiten an einem Biodiversitätskonzept. Vieles davon braucht Zeit, die Prozesse gerade im Planungsbereich sind oft lang, da ist viel Geduld gefragt. Deshalb freuen mich auch kleine Projekte, wie etwa die Nachrüstung des neuen Sandfangs in der ARA mit einer Photovoltaik-Anlage oder die Einführung von vier Cargo-E-Bikes, die die Ustermer Bevölkerung nun mieten kann.

Zum Schluss noch der Blick nach vorne. Was wollt Ihr bis zum Ende der Legislatur erreichen?

Stefan Feldmann: Bei mir steht die Erarbeitung des kommunalen Richtplans sowie diverse Grossprojekte wie das Bahnhofzentrum oder die Erneuerung der ARA im Vordergrund. Wichtig ist mir aber auch: Meine Abteilung ist dafür verantwortlich, dass die Infrastruktur über und unter dem Boden im Schuss bleibt. Das merken die Leute im Alltag oft nicht, merken würden sie es erst, wenn es nicht mehr so wäre. Diese Arbeit ist genauso wichtig wie die «grossen Würfe».

Patricia Bernet: Wir wollen die Tagesschule in Niederuster weiterführen und bei Bedarf vergrössern. Ausserdem sollen an zwei bis drei weiteren Standorten Tagesschulen entstehen. Für die Aussenräume möchte ich Grundlagen schaffen für eine naturnahe und biodiverse Gestaltung. Zudem werden die Themen Schulraumplanung, Inklusion und Entlastung der Lehrpersonen wichtig bleiben.

Barbara Thalmann: Wir haben viele Ideen, eine gute Strategie und engagierte Bürgerinnen und Bürger. Gerne wäre ich bei vielen Projekten, welche auch von der Bevölkerung gewünscht werden, einen Schritt weiter. Bremschuh sind die Finanzen. Wir müssen natürlich haushälterisch mit den Steuermitteln umgehen und auch Abstriche machen, die die Leute dann enttäuschen. Das gehört dazu. Aber die knappen finanziellen Mittel beschneiden uns meiner Meinung nach zur Zeit zu stark und die Mehrausgaben bzw. die erwarteten Steuerausfälle aufgrund der aktuellen Corona-Pandemie verschärfen die Situation jetzt natürlich noch zusätzlich. Denn wir wollen diese Stadt ja nicht nur verwalten, sondern wir wollen sie gestalten. Ich bin überzeugt, dass Investitionen heute unsere Stadt in Zukunft lebenswerter und attraktiver machen werden.

Legislaturhalbezeit: Eine Bilanz aus Fraktions­sicht

Eine Stadt für alle: Einiges erreicht,

«Unsere Stadt: Eine Stadt für alle» – unter dieses Motto hat die SP-Fraktion die Arbeit im Gemeinderat bis 2022 gestellt. Aufgrund der ausgeglichenen Mehrheitsverhältnisse im Parlament kommt es immer wieder zu knappen Abstimmungsverhältnissen, nicht immer haben wir Erfolg. Dennoch: Die SP-Fraktion hat schon einiges erreicht. Es bleibt aber noch viel zu tun, um die Stadt weiter sozial und nachhaltig zu gestalten.

Von Angelika Zarotti und Markus Wanner

Die Wahlen 2018 waren für die SP Uster erfolgreich: Die Gemeinderatsfraktion konnte mit einem Sitz verstärkt und die drei Sitze im Stadtrat verteidigt werden. Und da die Grünen den Einzug in den Stadtrat schafften, gibt es aktuell zum erstenmal eine links-grüne Mehrheit in der Exekutive. Im Gemeinderat sind die politischen Mehrheitsverhältnisse unübersichtlicher: 14 Stimmen von SP und Grünen stehen 15 Stimmen von SVP/EDU sowie FDP/CVP gegenüber. Die Mitte ist das Zünglein an der Waage. Dies führt dazu, dass die Entscheide mal in die eine, mal in die andere Richtung fallen.

Themen auf die Agenda gesetzt

Die SP-Gemeinderatsfraktion hat wie immer zu Beginn der Legislatur ein Programm erarbeitet. Unter dem Slogan «Eine Stadt für alle» wurden drei Schwerpunkte festgelegt, die sich an den Leitlinien Chancengleichheit, Inklusion und Investitionen orientieren:

- «Eine Stadt für Begegnungen»
- «Eine Stadt fürs Leben»
- «Eine Stadt für die Zukunft».

Mit zahlreichen Vorstössen haben wir in den ersten zwei Jahren viele Themen auf die Agenda gesetzt:

- Förderung der Musikalischen Grundausbildung in der Primarschule
- Bewegung auf sicheren Schulwegen
- Unterstützung der Charta der Lohn­gleichheit im öffentlichen Sektor
- Armut – wo steht Uster?
- Niederschwellige Jugendberatungsstelle
- Abbau von bürokratischen Hindernissen für Freiwilligenarbeit
- Verbesserung der Aussenraumgestaltung bei Gestaltungsplänen

Was auffällt, ist, dass der Stadtrat in seiner neuen Besetzung eine viel grössere Bereitschaft zeigt, Anliegen aus dem Gemeinderat aufzunehmen und sie zumindest zu prüfen. Der Stadtrat in seiner alten Zusammensetzung hat hier viel mehr geblockt und die Anliegen vom Tisch gewischt, man spürte förmlich, dass ihm das Parlament nur lästig war. Dies hat sich glücklicherweise geändert.

Kulturzentrum als Schlüsselprojekt

Die Entwicklung des Zeughausareals ist eines von zwölf Schlüsselprojekten dieser Stadt. Was soll auf den 26'000 Quadratmetern stattfinden? Freiräume, Kultur in vielfältigster Art, Begegnungsorte, Musikschule – dies sind nur ein Teil der Möglichkeiten, die das Zeughausareal und mit ihm das Zentrum beleben und Uster zu einer noch attraktiveren Stadt werden lassen sollen. Die Entwicklung des Areals braucht Mut und Risikofreude, finanzielles Kleinkrämer­tum ist fehl am Platz. Das sehen die bürgerlichen Parteien leider anders. Wir müssen deshalb verhindern, dass dieses Projekt aus Kostengründen minimalisiert oder auf später verschoben wird. Bis das Kulturzentrum Uster (KUZU) gebaut ist, soll das Areal weiter vielfältig genutzt werden.

Eine Knacknuss bei diesem Projekt ist die Tatsache, dass der Mietvertrag für das Kulturhaus Central

und das Kino Qtopia bereits Ende 2021 ausläuft und bis dann das KUZU natürlich nicht gebaut sein wird. Wir setzen uns deshalb für eine Zwischenlösung ein, damit die UstermerInnen weiterhin diese Kulturangebote geniessen können.

Ein menschenfreundliches Zentrum

Wie wichtig in Uster das Zentrum für die Bewohnenden ist, hat sich während der Corona-Zeit gezeigt. Wir haben vermehrt lokal eingekauft und öfter das Velo als Fortbewegungsmittel gewählt. Es hat sich aber leider auch gezeigt, dass es noch viel braucht, damit das Zentrum «menschenfreundlicher» wird. Hier braucht es neue Prioritäten: Velofahrende und Zufussgehende müssen Vorrang haben damit das Zentrum zum Flanieren und Einkaufen einlädt.

Ein wichtiger Schritt wurde mit der Annahme der Umsetzungsvorlage zur SP-Veloinitiative gemacht: In den nächsten zehn Jahren sollen fünf Millionen Franken investiert werden. Im Stadtentwicklungskonzept (STEK) hat der Stadtrat zudem den Slogan «Uster steigt um» verankert. Damit der Anteil der Velofahrenden am Gesamtverkehr steigt, muss die Sicherheit für die Zufussgehenden und Velofahrenden erhöht werden. Mit den beiden vom Stadtrat lancierten Projekte für eine Neugestaltung des Bahnhofareals und für



Ziehen gemeinsam Halbezeitbilanz: Markus Wanner präsi­dierte die SP-Gemeinderatsfraktion bis Ende 2019. Ihm folgte Angelika Zarotti als neue Fraktionspräsidentin nach.

viel Arbeit bleibt



Ist eines der zwölf Schlüsselprojekte der Stadt Uster: das geplante Kulturzentrum auf dem Zeughausareal.

ein attraktives Stadtzentrum sind wir hier aber gemeinsam auf dem richtigen Weg. Allein: Alles braucht seine Zeit, bis es dann auch umgesetzt und für die Menschen spürbar ist.

Obwohl unsere Motion «Förderung preisgünstiger Wohnungen und Gewerberäume» im Gemeinderat keine Mehrheit fand, setzen wir uns weiterhin für mehr bezahlbare Wohnungen ein. Insbesondere bei Gestaltungsplänen fordern wir weiterhin einen hohen Anteil an gemeinnützigem Wohnungsbau.

Tagesschule als Erfolgsmodell

Ein wichtiger Schritt wurde im Bereich der Tagesschule gemacht: Der Testbetrieb im Schulhaus Niederuster war ein Erfolg, sie wird nun definitiv eingeführt. Die SP war hier die treibende Kraft. Und wird es bleiben: Wir wollen, dass die Tagesschule auch in den anderen Schulhäusern eingeführt wird. Daneben braucht es weiterhin eine ausgebauten Tagesbetreuung und zwar eine, die sich auch Wenigverdienende leisten können. Die SP-Fraktion wird sich hier dafür einsetzen, dass das Beitragsreglement angepasst wird. Chancengleichheit und frühe Förderung ist der SP ein wichtiges Anliegen. Der Stadtrat hat ein «Kon-

zept Kindheit, Jugend, Familie» verabschiedet. Für ein Gelingen ist dabei wichtig, dass den Schnittstellen zu Krippen und Kindergarten viel Aufmerksamkeit geschenkt wird und so alle Kinder gleiche Chancen für ihre schulische Laufbahn erhalten.

Unsere Anfrage «Sans-Papiers schützen – während und nach der Krise» war der Anstoss, dass die Sozialbehörde nun den Verein «Sans-Papiers-Anlaufstelle Zürich» finanziell unterstützt.

Und das liebe Geld

Ein konstantes Ärgernis sind die Finanzen der Stadt Uster: Der bürgerliche Stadtrat hat durch seine Fixierung auf eine Beibehaltung des Steuerfusses «koste es, was es wolle», dafür gesorgt, dass die Stadt massiv Schulden angehäuft hat. Die SP Uster hat stets verlangt, dass der Finanzhaushalt nachhaltig finanziert werden muss, und deshalb eine Anpassung des Steuerfusses gefordert – leider erfolglos. Welche Auswirkungen die Corona-Pandemie auf den Finanzhaushalt haben wird, ist zur Zeit noch nicht absehbar. Umso wichtiger ist es, dass jetzt nicht überstürzt Sparprogramme geschnürt werden. Im Gegenteil: In einer wirtschaftlichen Krise ist es wichtig, dass der Staat

stützend eingreift. Es braucht mutige Entscheide, die geplanten Investitionen voranzutreiben. Menschen, welche in Not geraten sind, müssen unbürokratisch unterstützt werden. Auch die Wirtschaft soll bei Bedarf gefördert werden. Da hat der Stadtrat während des Lockdowns sehr gut reagiert, hat schnell Unterstützungsgelder gesprochen oder die Uster-Batzen-Aktion lanciert.

Personelles

Im Frühling wurde Karin Niedermann mit einem Glanzresultat zur Ratspräsidentin gewählt. Wir sind stolz, dass die Stadt Uster während einem Jahr durch Karin repräsentiert wird. Etwas grösser als gedacht war der Wechsel in der Fraktion: Mit Patricia Morf,

Salome Schaerer und Christoph Daeniker traten drei Fraktionsmitglieder zurück und wurden durch Angelika Zarotti, Peter Mathis und Martin Camponovo ersetzt.

Ausblick

In der ersten Hälfte der laufenden Legislatur hat die SP-Fraktion bereits einiges erreicht. An einer gemeinsamen Retraite zusammen mit unserem wichtigsten Partner, den Grünen, haben wir Bilanz gezogen und die zweite Hälfte der Legislatur vorbereitet. Dabei ist uns einmal mehr klar geworden: Vieles braucht Zeit, vieles geht nicht so schnell, wie wir uns das oftmals selber wünschen, die politischen Mühlen malen langsam, unbesehen der politischen Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat oder im Stadtrat. Umso wichtiger ist, dass wir gegen aussen zeigen, woran wir arbeiten. Dass wir zeigen können, dass wir Schritt für Schritt vorankommen, auf dem Weg zu «Unserer Stadt – einer Stadt für alle».

Weitere Informationen zur Arbeit der SP-Fraktion (Legislaturprogramm, eingereichte Vorstösse etc.) sind auf der Website der SP Uster zu finden: www.sp-uster.ch.

Eidgenössische Abstimmungen vom 27. September: Parolen der SP Schweiz

Reichhaltiges und abwechslungsreiches Abstimmungs-menü

Ein vielfältiges und abwechslungsreiches Abstimmungs-menü erhalten die Schweizer Stimmberechtigten am 27. September präsentiert, es reicht von unserem Verhältnis zur EU über neue Kampfflieger bis hin zu zwei familienpolitischen Vorlagen und einem neuen Jagdgesetz, das den Abschuss von Wolf, Luchs und Biber erleichtern soll. Hier ein Überblick über die Parolen der SP Schweiz.

Von Markus Stadelmann

Die wohl gewichtigste Abstimmung am 27. September betrifft unser Verhältnis zur EU. Der neuste Anlauf der SVP gegen die Personenfreizügigkeit trägt den Titel «Begrenzungsinitiative». Ziemlich irreführend: «Kündigungsinitiative» wäre zweifellos passender. Die Initiative will, dass die Personenfreizügigkeit mit der EU innert eines Jahres neu verhandelt – was nicht mehr als ein Feigenblatt ist – oder aber aufgekündigt wird. Die Folge wäre klar: Die Bilateralen Verträge mit der EU würden als Ganzes wegfallen. Und mit ihnen auch die flankierenden Massnahmen zum Schutz gegen Lohndumping. Das Lohngefüge in der Schweiz käme ins Rutschen.

Abschottung war nie eine Lösung – erst recht nicht in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Dank der Personenfreizügigkeit hat die Schweiz heute einen offenen Zugang zum EU-Binnenmarkt: 52 Prozent aller Exporte von hiesigen Unternehmen gehen dorthin. Wenn das nicht mehr möglich ist, schadet das der Schweizer Wirtschaft und den ArbeitnehmerInnen massiv. Auch würde der Forschungs- und Bildungsstandort leiden, könnten doch unsere Universitäten und die ETH nicht mehr an EU-Forschungsprogrammen partizipieren. Darum NEIN zur wirtschaftsfeindlichen Kündigungsinitiative.

Nicht die Katze im Sack kaufen

Wir erinnern uns: 2014 hat die Bevölkerung die Beschaffung des neuen Kampffliefers «Gripen» wuchtig abgelehnt. Sechs Jahre später versucht es der Bundesrat erneut. Die neue Vorlage hat zwei grosse Unterschiede zur jener von 2014: Statt 3,1 Milliarden wird neu ein Kredit von 6 Milliarden vorgelegt. Zum zweiten wissen wir heute anders als 2014 nicht, welcher Jet das VBS nun kaufen will. Mit anderen Worten: Die Schweizer Stimmberechtigten sollen die Katze im Sack kaufen, eine sehr teure Katze noch dazu.

Dass die Schweiz eine solide Luftpolizei braucht, bestreitet auch die SP nicht. Dafür könnten aber



Mit dem missratenen Jagdgesetz wird nicht nur der Schutz des Wolfes gelockert, sondern auch derjenige von Luchs oder Biber.

auch leichte Kampffliefers beschafft werden, die einen Bruchteil der Kosten von Luxus-Kampffliefers verursachen. Solche Alternativkonzepte wurden jedoch nicht mal geprüft. Darum NEIN zur Beschaffung neuer Kampffliefers.

Für einen Vaterschaftsurlaub

Gleich zwei Vorlagen drehen sich um die Familienpolitik. Zum einen geht es um einen zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub für alle Arbeitnehmenden. Die Vorlage ist das Resultat eines Gegenvorschlages zu einer inzwischen zurückgezogenen Initiative. Mit zwei Wochen ist der Vaterschaftsurlaub etwas mager ausgefallen, aber zwei Wochen sind besser als gar nichts – und zudem später ausbaufähig. Darum JA zur Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerbssersatz.

Weiter sollen die Kinderabzüge bei der Direkten Bundessteuer von 6'500 auf 10'000 Franken erhöht werden. Auf den ersten Blick sympathisch, auf den zweiten Blick schon weniger: Wie immer bei Abzügen profitieren vor allem gut Verdienende. Schon heute zahlen mehr als die Hälfte der Familien mit Kindern keine Bundessteuern. Ein höherer Abzug bringt ihnen also gar nichts. Mit den 370 Millionen Franken, die der höhere Steuerabzug

kostet, könnte man deshalb Gescheiteres tun, etwa höhere Prämienverbilligungsgelder zahlen oder höhere Beiträge an Kita-Plätze leisten. Darum NEIN zur Änderung des Gesetzes über die Direkte Bundessteuer.

Missratenes Jagdgesetz

Bei der Diskussion um das Jagdgesetz wird wohl vor allem mit dem bösen Wolf argumentiert werden, der besser reguliert werden müsse. Aber es geht auch um den Biber, den Luchs oder den Graureiher. Diese bislang geschützten Tiere sollen inskünftig leichter abgeschossen werden können. Verheerend zudem: Der Schutz wird an die Kantone delegiert, womit absehbar ist, dass einige dann diesen Schutz auf nahezu Null reduzieren werden.

Das bisherige Jagdgesetz bot eine ausgewogene Lösung zwischen Nutzung und Schutz. Im neuen Gesetz wird der Artenschutz stark verwässert, während der Nutzen für die Jagd unverändert bleibt. Wird die Vorlage abgelehnt, besteht kein Risiko für die Jagd. Im Gegenteil, diese kann weiterhin im Rahmen des etablierten Gesetzes stattfinden. Darum NEIN zum missratenen Jagdgesetz.